



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
31.05.2016

Der Realität endlich Rechnung tragen: München richtet eine „Fachstelle für Demokratie – gegen Linksextremismus“ ein

Ich beantrage:

Der Stadtrat beschließt: Die LHM richtet eine beim Büro des Oberbürgermeisters angesiedelte „Fachstelle für Demokratie – gegen Linksextremismus“ ein und stattet sie mit den erforderlichen Sach-, Personal- und Finanzmitteln aus.

Begründung:

Auch der kürzlich vorgestellte „Sicherheitsreport 2015“ des Polizeipräsidiums München dokumentiert – analog zur Entwicklung der letzten Jahre – ein stärker steigendes Deliktaufkommen im Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“ (PMK - links) sowie ein auch in absoluten Fallzahlen größeres Aufkommen an politisch links motivierten Straftaten im Vergleich zur „rechts“ motivierten Delinquenz. Während Straftaten aus dem Phänomenbereich PMK - Rechts im Jahr 2015 um 3,7 % oder 16 Einzeldelikte zunahm, legte die PMK - links um fast zehn Prozent (9,7 %) zu. „Im Bereich Gewaltdelikte ist ebenfalls eine deutliche Steigerung um +51 Taten zu verzeichnen“, ergänzt der „Sicherheitsreport“ (S. 57).

Auch die absoluten Zahlen sprechen für sich: „Rechts“ fielen im Jahr 2015 433 Straftaten an, „links“ 520. Zu berücksichtigen ist bei diesen Zahlen, daß sie „rechts“ allein 213 sogenannte „Propagandadelikte“ einschließen – wie die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, aber auch verbotenen Zahlencodes, Buchstabenkombinationen etc. –, eine Deliktsparte, für die es kein vergleichbares „linkes“ Äquivalent gibt. „Linke Demonstranten können zum Beispiel ungestraft Bilder der Massenmörder Lenin, Stalin und Mao zeigen und diese auch noch lobpreisen“, merkte die Tageszeitung „Die Welt“ erst dieser Tage dazu an (Quelle: <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article155643518/Linke-Gewalttaten-werden-notorisch-verharmlost.html>; zul. aufgerufen: 31.05.2016, 02.01 Uhr; KR).

b.w.

Die im „Sicherheitsreport“ der Münchner Polizei dokumentierte Entwicklung spiegelt einen seit Jahren zu beobachtenden bundesweiten Trend wieder: die linksextreme Szene wird aggressiver, brutaler, rücksichtsloser. Schon 2014 vermerkte ausgerechnet die „Süddeutsche Zeitung“ unter Bezugnahme auf Bundesinnenminister de Maizière: „Besorgt äußerte sich der Minister über die Gewalt politisch linksextrem motivierter Täter. Deren Brutalität habe zugenommen, erklärte de Maizière. (...) Um 40 Prozent sei die Zahl im Vergleich zu 2012 gestiegen.“
Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/politik/straftaten-statistik-wen-das-innenministerium-zum-linksextremisten-macht-1.1950184>; zul. aufgerufen: 31.05.2016, 02.11 Uhr; KR).

Auch für München vermerkt der „Sicherheitsreport“ 2015 bemerkenswerte Vorfälle aus dem Phänomenbereich PMK - links, denen „rechts“ nichts Vergleichbares gegenübersteht: eine vorsätzliche Brandstiftung an einem Polizeifahrzeug der Bereitschaftspolizei aus NRW, Zerstörungen und Sachbeschädigungen in einem Volumen von mehreren hunderttausend Euro, gewalttätige Übergriffe auf Andersdenkende und Polizeibeamte, wobei ein Beamter mittelschwer verletzt wurde (wiedergegeben nach: „Sicherheitsreport 2015“, Hrsg. Polizeipräsidium München, S. 57f.).

Warum die LHM angesichts dieser Entwicklung auf dem linken Auge geradezu notorisch blind bleiben möchte, während sie im rechten und rechtskonservativen Bereich des politischen Spektrums mißliebige Gruppierungen und Ansichten mit einem von Jahr zu Jahr steigenden logistischen, personellen und materiellen Aufwand bekämpft, ist nicht nachvollziehbar. Die LHM muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie gegen „Rechts“ ein Klima zunehmender Repression schafft, während linksextremistische Umtriebe – trotz signifikant steigender Deliktzahlen – kein Thema für sie sind.

Um diese auch unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten schwer erträgliche Schieflage zu beenden und linksextreme Herausforderungen für die Stadtgesellschaft endlich ins Beobachtungsfeld der Stadtpolitik zu rücken, wird hiermit die Einrichtung einer „Fachstelle für Demokratie – gegen Linksextremismus“ vorgeschlagen, die sich in Ausstattung und Organisation an der bereits vorhandenen „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ orientieren sollte. Es wäre ein längst überfälliger Schritt in Richtung Realität.



Karl Richter
Stadtrat